ative des Europäischen Sozialfonds, die sich mit der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung beschäftigt, die auch auf dem Arbeitsmarkt stattfindet. EQUAL hat den Grundsatz der breiten Partnerschaft, der auch in den Beschäftigungspakten von großer Bedeutung ist, übernommen und erfordert umfassende „Pakte", die hier als Entwicklungspartnerschaften bezeichnet werden. URBAN, die Initiative, die Städte und städtische Entwicklung fördert, ist für städtische Pakte auch zu prüfen. INTERREG ist wahrscheinlich für Sachsen sehr interessant, weil hier die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Regionen gefördert wird. LEADER, die Initiative für die Entwicklung des ländlichen Raums, bietet ebenfalls Ansatzpunkte.
Zukünftige Pakte sollten auch Möglichkeiten für transnationalen Austausch bieten. So ist daran gedacht, auch weitere Pakte in das Netzwerk der europäischen Pakte mit einzubeziehen – nicht mehr zu den gleichen Konditionen der ersten Pilotprojekte, aber der nachgewiesene Mehrwert des transnationalen Austausches soll auf jeden Fall erhalten bleiben.

Wer jetzt zu den bestehenden territorialen Beschäftigungspakten mehr wissen will, ist herzlich eingeladen, sich im Internet zu informieren. Das Netzwerk der deutschen Beschäftigungpakte hat eine Internet-Seite eingerichtet, die Sie unter www.pakte.de erreichen können. Dort finden sich Darstellungen der Pakte der einzelnen Regionen. Besonders interessant sind auch die Profile von Projekten mit Ansprechpartnern, Finanzierungsstrukturen usw., die nach bestimmten Themenfeldern, z.B. Jugendarbeitslosigkeit oder Langzeitarbeitslosigkeit, durchsucht werden können. Darüber hinaus gibt es eine Broschüre „Priorität Arbeit", die bei der EU-Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik zu beziehen ist. Weitere Dokumente, z.B. der Leitfaden für territoriale Beschäftigungpakte 2000 bis 2006 sind auf dem Server der EU-Kommisssion unter http://inforegio.cec.eu.int/pacts/DE/index.html abzurufen. Im Übrigen stehen alle Pakte, die Koordinatoren des Netzwerkes und die EU-Kommission zur Verfügung, um weitere Auskünfte und Unterstützung zu geben.

## 4. Diskussion:

### Lokale Beschäftigungsinitiativen – Eine Chance zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen

Christian Schramm, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen:
**Die Initiative für Beschäftigung in Bautzen**

Die von Frau Besse vorgestellten Beschäftigungspakte sind von unserer Beschäftigungsinitiative gar nicht weit entfernt. Unser lokaler oder regionaler Pakt summiert sich auch unter einer Gesamtüberschrift: nämlich „Initiative für Beschäftigung".



Ursprünglich ging diese Initiative von der IG Bergbau/Chemie/Energie, der BASF und anderen Großunternehmen aus. Diese Ebene wurde heruntergebrochen in die einzelnen Regionen.

Aber ich möchte bei einem ganz anderen Punkt anfangen: Für die Städte und Gemeinden, im deutschen Städtetag und auch in Sachsen ist klar, dass das Thema Arbeit und Beschäftigung Teil der gesamten sozialen Verantwortung aller Ebenen ist. Die Frage der Beschäftigung in Deutschland, in Europa, in der kleinsten Gemeinde wie in der Großstadt hat im Grunde ähnliche Folgen: sie verändert unser soziales Gefüge und dringt mit weitreichenden Folgen in andere Bereiche ein. Wie verändert sich eigentlich städtische Kultur im Hinblick auf Arbeitslosigkeit, was ist mit den Leerständen durch die Migrationsbewegung in den Wohnungsbaugebieten, was bedeutet Beschäftigungslosigkeit im Hinblick auf Verkehrsfragen – hinsichtlich der Anforderungen an Mobilität? Es sind oftmals Bereiche betroffen, die vordergründig gar nicht nur die Geldbörse, den Verdienst des Einzelnen betreffen – ganz zu schweigen von den Soziallasten, die dann in der Gemeindeebene auftauchen. Im Übrigen halte ich Arbeit nach wie vor auch für eine Art Wohlfühlfaktor.

Ich will einige Worte sagen zu der Initiative für Beschäftigung. Bertelsmann-Stiftung, BASF, Herr Schmoldt von IG Bergbau/Chemie/Energie – das waren die Gründerväter. Dieses Team betont die Verantwortung der Unternehmerseite und die Regionalnetzwerke sind in dieser Bundesinitiative integriert. Es zielt darauf, Unternehmer aus dem Schneckenhaus zu holen, sie vom Informations- und Erfahrungsaustausch bis hin zur Mitfinanzierung von Projekten mit hineinzunehmen.

Die Netzwerke in den Altbundesländern werden in der Regel von großen Unternehmen mitgetragen. Für die Region Bautzen besteht das Problem darin, dass wir diese großen Unternehmen aber gar nicht haben. Wir arbeiten nur mit der Ebene derer, die weder Geld noch Inhalte umfassend selber verantworten können, sondern ihrerseits sich wieder rückversichern müssen. Es ist ein Unterschied, ob Sie den Vorstand von BASF mit Entscheidungskompetenz oder ob Sie den Geschäftsführer eines Zweigbetriebes am Tisch haben.

Deshalb sind wir auf die lokale Ebene gegangen. Wir haben zunächst lokale Unternehmen eingeladen, die Gewerkschaften sind im Boot, fachliche Institutionen, etwa Arbeitsamt, die Kirchen, die Berufsakademie als Ausbildungsstätte, verschiedene Verwaltungsstellen. Unter Leitung des Instituts für Organisationskommunikation (IFOK) hatten wir eine Anlaufberatung, die zu vier Arbeitskreisen geführt hat. Ein Arbeitskreis hat vor allem die Gruppe der Jugendlichen im Blick: die Befähigung und Motivation Jugendlicher für Ausbildung, Berufswahl und Beruf, inklusive auch behinderter Jugendlicher und alle anderen Sondergruppen. Der zweite Arbeitskreis beschäftigt sich mit der Motivation von Arbeitssuchenden und Arbeitnehmern. Der dritte Kreis zielt auf Kooperation, also neue Märkte, neue Existenzen. Der vierte Arbeitskreis beschäftigt sich mit neuen Technologien und Kernindustriebereichen als entscheidender Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit von Beschäftigung – also alles, was im

IT-Bereich liegt: Kommunikations-, Wissenschaftsbereich, Biotechnologie usw. Über ein sehr umfangreiches Brainstorming, in dem die Unternehmen mal wirklich aus sich herausgegangen sind, haben wir zusammengetragen, was uns generell einfällt und was davon zu operationalisieren ginge.

So werden wir uns einer Marketing-Agentur widmen, die im Bereich der Lebensmittelproduzenten und der Lebensmittelveredler ansetzen wird. Es wird das Projekt einer Forschungs- und Entwicklungskooperation zwischen Schulen und Unternehmen geben. Vor allem im IT-Bereich beklagen sich Firmen permanent über fehlende qualifizierte Arbeitskräfte. Große Unternehmen wie etwa SAP saugen alles vom Markt weg. Wie kann man dem entgegentreten? Die Unternehmen haben uns immer wieder gesagt, dass die Jugendlichen oftmals trotz der Bemühungen des Arbeitsamtes noch zu wenig orientiert seien. Wir möchten diese Orientierung ohne Zwischenstufe direkt geben: Unternehmer – Schüler. Darüber lassen sich auch gewisse Vertrauensverhältnisse und vielleicht auch schon Entwicklungslinien aufbauen. Das wird kombiniert mit einer Job-Messe für Schulabsolventen, die gerade in diesen zukunftsträchtigen Entwicklungsbereichen Angebote bekommen. Wir wollen Berufspraktika für Schüler in diesen modernen Wirtschaftsfeldern, z.B. Biotechnologien, auch außerhalb der Region anbieten. Wir möchten enger mit unseren Partnerstädten zusammenarbeiten, u.a. mit Heidelberg. Dort gibt es bereits seit geraumer Zeit das gemeinsame Projekt der „Summer-Science-School". Vier Wochen Praktika in den großen Ferien in interntionalen Instituten (Krebsforschungszentrum, Max-Planck-Institut usw.) für Schüler mit entsprechenden Voraussetzungen. Die Stadt Bautzen tritt zwei Plätze dieser Praktikumsstellen an unsere Partnerstädte in Tschechien und Polen ab. Wir überlegen noch weiter in Richtung spezieller Sozialbetriebsgründungen: Es gibt das Projekt einer Seniorenakademie. Wir wollen das große Wissen von Leuten, die aus dem aktiven Arbeitsprozess heraus sind, nutzen für die junge nachwachsende Szene. Sie könnten beispielsweise Gründungsphasen begleiten, ohne dass das viel Geld kostet.

Und so versuchen wir mit Projekten, die der Region mit ihrer Kleinteiligkeit angemessen sind, den Anforderungen gerecht zu werden. Die größeren Projekte würden bei uns einfach nicht zu leisten sein und vielleicht auch gar nicht greifen. Vorhin wurde schon vom Bottom-up-Ansatz gesprochen. Das ist es eigentlich, was wir versuchen, nämlich von unten mit den Unternehmern gemeinsam nach Lücken zu suchen und offene Dinge zu erschließen. Wie gesagt, wir haben die Gewerkschaft von Beginn an mit im Boot. Ich mache die Beobachtung, dass es neben allen anderen Vorzügen solcher Netzwerke ein gewaltiger Vorteil ist, dass man einfach konkret mit Unternehmen im Gespräch ist.

Mirko Freigang, Entwicklungsgesellschaft Energiepark Lausitz GmbH:
**Der Region einen Namen geben – Energiepark Lausitz**

Ich komme schon aus der Grenzregion, aus Brandenburg, 30 km weg von der Grenze Brandenburg-Sachsen. Auch das sind schon Grenzregionen heutzutage. Wir haben



sicherlich die gleichen Probleme, die gleichen Ausgangsvoraussetzungen wie an anderen Standorten. Wir sind davon geprägt, dass wir nicht den Großinvestor vor Ort haben. Die Region Finsterwalde, Massen, Elsterwerda ist ein traditioneller Industriestandort mit dem Profil Maschinenbau auf dem Gebiet der Energiegewinnungsmaschinen, Generatoren, Aggregate etc. Das war die Heimat der Stammarbeitsplätze. Darüber hinaus ist die Landschaft geprägt vom Bergbau und auch dessen Rand- und Folgeerscheinungen.

1991/92 haben pfiffige Kommunalpolitiker sich gemeinsam mit Gewerkschaften, DGB und IG Metall sowie die Geschäftsführung von Arbeitsfördergesellschaften zusammengesetzt und die Frage gestellt: was können wir aus dieser Region machen? Was prägt uns, was ist uns zu eigen in der Region, was können unsere Leute? Sie waren zu Hause im Bergbau, im Maschinenbau. Aber, wir haben nicht das Highlight zu bieten. Der Spreewald ist sicherlich ganz toll, aber doch ein Stück weg von uns. Der Lausitzring demnächst ist auch ganz toll, aber sicherlich auch nur saisonmäßig belebt und schafft nicht die Dauerarbeitsplätze im Industriebereich. Der Region einen Namen geben, das war für uns der Anfang.

„Energiepark Lausitz" – eine Region, wo Menschen zu Hause sind, die Qualifizierungen haben im Bergbau, im Maschinenbau, in all diesen Rand- und Nebenprozessen. Als erstes galt es, Schwerpunkte für die Zukunft zu setzen, sprich für die Ausbildung. Das erste konkrete Projekt im Rahmen des Energieparks Lausitz war die Gründung eines Produktions-, Innovations- und Lehrzentrums. Diese GmbH ist sehr großzügig gefördert worden durch das Land Brandenburg, unterstützt durch die IHK. Das ist eines der modernst ausgerichteten Ausbildungszentren, das im überbetrieblichen kooperativen Verbund Ausbildung anbietet. Danach war die Kommunikation, das Miteinanderreden das zentrale Thema. Wie kann man das in die Reihe bringen? Man hat dort in eine Altinvestruine mutig mit Fördermitteln investiert. Eine Gemeinde mit knapp 800 Einwohnern hat auch ein paar Millionen investiert und hat ein Energie-Service-Center ins Leben gerufen. Energie-Service-Center als die Schaltzentrale des Energieparks Lausitz. Es sollte das sein, was man in anderen Gründerzentren ein Heim für Neugründer mit moderaten Mieten, mit ordentlichen Ausgangsvoraussetzungen nennt. Alles was man für Neugründer benötigt, wurde geschaffen. Irgendwann haben aber auch die Initiatoren gemerkt, dass das Ganze professioneller gehandelt und gemanagt werden muss und nicht mehr nebenher zu machen ist. Und so ist aus den gleichen Beteiligten 1996 die „Entwicklungsgesellschaft Energiepark Lausitz GmbH" gegründet worden.

Wir sind eine kleine Gesellschaft mit nur sechs Mitarbeitern und haben eigentlich eine einzige Aufgabe: Wirtschafts-, Arbeits- und Strukturförderung im Auftrage Dritter zu verknüpfen. Entweder sind Projekte förderfähig zu gestalten, die Controlling-Phase zu begleiten oder es sind durch Inputs und Anregungen der regionalen Akteure eigene Projekte anzubieten. Wir sind ein Dienstleister. In diesem Rahmen ist auf Initiative der Gewerkschaft IG Metall die Idee entstanden, auch länderübergreifend zu kooperieren. Man hat dort ein bisschen Geld in die Hand genommen und die Entwicklungsgesell-

schaft hat den Auftrag erhalten, auf der Brandenburger Seite die Projektakquise zu übernehmen. Auf der sächsischen Seite konnte man auf die Stiftung Innovation und Arbeit mit ihren Regionalforen zurückgreifen.

Als erstes musste man, wie immer in Kooperationen, Vertrauen zwischen den Partnern schaffen. Wie kann man persönlich, menschlich miteinander, wo hat man deckungsgleiche Ansichten und wo sind auch ganz klar Grenzen. Wir haben in der ersten Phase mit allen Partnern zunächst gesucht, wo deckungsgleiche Projektansätze sind. Da gab es das Thema Tourismus, die Verarbeitung im Bereich Kunststoffe, das Thema Textilverarbeitung, das Thema Glas – immer bezogen auf die Region, in der wir aktiv sind. Die gesamte Problematik Anbau und Verwertung nachwachsender Rohstoffe und natürlich auch das gesamte Thema Metall, Elektroindustrie – all das komplett. Wie in allen Bündnissen oder Pakten braucht man einen peppigen Namen. Der Name des Projektes wurde relativ schnell gefunden. Es wurde das „Kleeblatt-Projekt" initiiert. „Kleeblatt", auch das hat einen geographischen Hintergrund gehabt. Wenn wir uns das vor Augen halten: Die Landesgrenze Brandenburg-Sachsen quer durch die Autobahn ergibt ein Kreuz. In den vier Regionen, unsere vier Schwerpunkte, unsere vier Blätter. Wir brauchen unbedingt viel Glück, um unsere Aufgabe zu erfüllen. Und was, wenn nicht dieses Kleeblatt kann uns dieses Glück bringen.

Überall wo wir fachlich in der Lage waren, haben wir uns dann gemeinsam den Sachverstand dazugeholt, erste gemeinsame Projektansätze von Sachsen und Brandenburg eruiert. Das erste gemeinsame Thema war die Gesamtproblematik nachwachsender Rohstoffe. Wir haben dort alle Partner auf brandenburger und sächsischer Seite an einen Tisch geholt. Wir haben die Akteure miteinander bekannt gemacht. Die kleinen regionalen Akteure, die derart positiv, fanatisch in ihrer Projektidee sind, nehmen sich doch gar nicht die Zeit, eventuell Mitunterstützer und Initiatoren links und rechts zu suchen und zu finden. Insoweit besteht das Projekt auch darin, Personen mit gleicher Themenlage, mit gleicher Problemlage und vielleicht auch schon mit einem Lösungsansatz zusammenzubringen. Dankenswerterweise haben wir auch Unterstützung von beiden Landesregierungen erhalten. Mit der Unterstützung der jeweils zuständigen Ministerien konnten wir grenzüberschreitende Kooperationen initiieren. Aber wenn man bei einem Projekt inhaltlich nicht wirklich drinsteckt, wie es z.B. bei dem Thema nachwachsende Rohstoffe war und wenn man dann nicht durch Controlling ein bisschen Druck erhält, dann vernachlässigt man doch einige Ansätze und geht wieder auf die vertrauten Projektfelder. Und so ist es auch geschehen. Wir haben ein zweites Projekt aufgelegt: die länderüberschreitende Verzahnung von KMU-Unternehmen der Region. Ausgehend von einem innovativen mittelständischen Unternehmen auf brandenburger Seite, einem Hersteller von Plasma-Schneid- und Lasertechnik, haben wir gemeinsam mit den Partnern der Stiftung des Freistaates Sachsen Kooperationspartner auf sächsischer Seite gesucht. Von Anfang an war folgende These oberste Prämisse: Wir suchen nicht die verlängerte Werkbank, den Zulieferer. Das war uns etwas zu platt. Wir wollten Firmen zusammenbringen, die gemeinsame Geschäftsfelder finden, die gemeinsame Interessenlagen bzw. gemeinsame Probleme bearbeiten. Das ist uns auch gelungen.



An die erste Veranstaltung kann ich mich noch sehr gut erinnern. Wir hatten bewusst nur die Unternehmens- und Geschäftsführer eingeladen. Es war uns bewusst: entweder wird es der Flop und wir können uns bei keinem Unternehmen je wieder blicken lassen, oder aber wir schaffen es und kriegen Kooperationsketten in die Reihe. Nach Ablauf der ersten Veranstaltung wurde uns bescheinigt, dass es gut war. Der Ansatz, dass wir Unternehmen gesucht und gefunden haben, war richtig. Es gab erste Erfolge – auch in der Art, dass Unternehmen über vertrauensbildende Maßnahmen zueinander finden. Zu nennen sind Messeausstellungen. Auf der Hannover-Messe gibt es einen gemeinsamen Messestand. Auch die Nutzung von vorhandenen Vertriebswegen war eine gute Möglichkeit. Nicht jedes Unternehmen hatte eigene Joint-Venture-Gesellschaften im Ausland. Die konnte man ohne weiteres anderen Partnern anbieten. Irgendwann verselbständigt sich das: die Unternehmer, die Spezialisten, kooperieren immer besser miteinander und wir kommen dort gar nicht mehr mit. Eigentlich ist das ja das Schöne an der ganzen Geschichte.

Ein anderes Beispiel ist, dass Unternehmen aus dem sächsischen Bereich gemeinsam mit der Brandenburger Firma, die sich auf Führungsmaschinen spezialisiert hat, Applikationen einer gleichen Anlage anbieten können. Des Weiteren haben wir festgestellt, dass man selbst in dieser länderüberschreitenden Region gar nicht weiß, was für ein Potenzial auf der anderen Seite vorhanden ist. Manchmal werden Leistungen wie Spezialmaschinen von Zulieferern kilometerweit eingekauft, in Unwissenheit, dass es um die Ecke genau das Gleiche gibt und dass der Partner sogar Kapazitäten frei hat.

Das Unternehmen auf brandenburger Seite hatte mit Beginn des Projektes 110 und heute 130 Arbeitsplätze. Das kann nur auf unsere Arbeit zurückzuführen sein. Von Seiten der sächsischen Unternehmen ist mir zumindest nicht bekannt, dass dort auch nur ein Unternehmen heute nicht mehr am Markt existent ist. Ganz im Gegenteil, man findet sich bei Messen, bei gemeinsamen Aktivitäten wieder. Dieses Netzwerk hat gezeigt, dass Kooperationen sich für die Unternehmen lohnen, dass der Nutzen größerer ist als die Angst vor Konkurrenz.
Als eine weitere Facette unserer Projektarbeit bieten wir Qualifizierungsangebote für KMU-Betriebe an, die keine eigenen Möglichkeiten zielgerichteter Personalqualifizierung haben. Wir bündeln regionale KMU-Unternehmen und organisieren für sie gemeinsam genau das Bildungsangebot, das sie benötigen. Das ist sicherlich für uns relativ schlecht messbar in Umsatzsteigerungszahlen oder Arbeitsplätzen. Aber es ist ein dankbares Angebot und wir sehen den Erfolg, wenn die Unternehmen uns weiterempfehlen.

Frau Dr. Jana Smejková, Direktorin Arbeitsamt Most:
**Ansätze aktiver Arbeitsmarktpolitik in der Region Most (Tschechien)**

Die gesamte Situation, so wie sie von der deutschen Seite beschrieben wurde, ist auf der anderen Seite des Erzgebirges ähnlich. Die Arbeitslosenquote in unserer Region Most ist mit über 20 % in der Republik die höchste Quote. Besonders schmerzhaft ist es bei den jungen Leuten. Und so war unser erstes Projekt der Jugend gewidmet.

Das schlimmste Problem ist, dass die Jugendlichen nicht motiviert sind, sich weiterzubilden und in die Schule zu gehen. Oftmals nehmen die Eltern die Jugendlichen aus der Schule, weil das finanziell sehr anspruchsvoll ist. Sie überlegen nicht mehr, was in vier, fünf Jahren kommt, wenn diese Jugendlichen erwachsen sind. In Deutschland ist vielleicht die Situation so ähnlich. Die Leute wenden sich an uns mit der Frage: welche Qualifizierung, welche Schule wäre für mein Kind richtig, um auf dem Arbeitsmarkt irgendeine Stelle zu finden. Dies ist schwer einzuschätzen in diesem Kreis. Denn in Most ist der Bergbau stillgelegt, die Chemie wird auch langsam stillgelegt. Wo gibt es hier eine Garantie oder eine Sicherheit, dass das Kind nach dem Studium einen Arbeitsplatz findet?

Die Erwägungen haben uns dazu geführt, im Nationalplan der Beschäftigung diese Orientierungsfragen schon von der Grundschule an aufzunehmen. In den Grund- und Mittelschulen wird über die Berufswahl gesprochen und über die Möglichkeiten, die der Arbeitsmarkt bietet. Wir wollen, dass die Kinder das schon in der Grundschule lernen. Sie sollen nicht denken, wenn sie die Schule beenden, wird sie jemand mit offenen Armen und mit einem Arbeisplatz erwarten.

Eine weitere große Gruppe der Bevölkerung sind solche Menschen, die aus den Betrieben, z.B. aus dem chemischen Werk oder anderen Industriebetrieben freigesetzt wurden. Die Zahl war in den letzten Jahren enorm hoch. So haben wir uns gesagt: gehen wir zurück und schauen wir, was im Erzgebirge vor 50, vor 100 Jahren da war. Es sind nicht viele Leute, die sich daran erinnern. Wir sind auch in die Museen gegangen. Wir haben geschaut, welche Gewerbe hier waren. Womit haben sich die Leute hier im Gebirge oder unter den Bergen beschäftigt? Außer der Landwirtschaft und außer den Bauerngärten waren es viele verschiedene Handwerke. Diese wurden in den Häuschen, in den Berghäuschen und in den kleinen Räumlichkeiten verrichtet. Diese Leute waren nicht reich und haben trotzdem ihren Lebensunterhalt gehabt.

Wir haben eine Privatgesellschaft angesprochen. Diese Gesellschaft hat einen selbstständigen Bereich eröffnet. Es ist wahrscheinlich sehr schwierig, wenn Sie heute jemandem sagen, er soll als selbstständiger Unternehmer in seiner Neubauwohnung beginnen. Früher gab es eine Scheune zu den Häusern oder irgendeine große Räumlichkeit. Aber in unserer neuen Stadt gibt es so etwas überhaupt nicht. So haben wir vorgeschlagen, eine Genossenschaft zu gründen, um zu produzieren. Ein großes Problem war das Marketing für einen guten Vertrieb dieser Produkte, die vor 100 Jahren produziert wurden. Dieses Projekt haben wir dann „Erneuerung der vergangenen Gewerbe" genannt. Es heißt, dass das Handwerk einen goldenen Boden hat. Dieses Projekt läuft bei uns ca. 1 ½ Jahre. Wir haben noch nicht viele Zahlen. Aber ein positiver Effekt des Projektes ist die Bildung der Leute. Sie müssen etwas kennen lernen, sie lernen etwas zu produzieren. Sie erwerben neue Fähigkeiten. Sie müssen einen ästhetischen Sinn entwickeln. Wenn man altes Handwerk wiederentdeckt und noch etwas Interessantes zufügt, ist das etwas Sinngebendes. Das kann heute als ein Hobby gemacht werden und aus diesem Hobby kann auch ein Unternehmen entstehen.



Für die selbstständige Produktion musste natürlich auch ein Objekt gefunden werden. Eine Werkstatt funktioniert und dann waren der Verkauf oder Vertrieb zu organisieren. Mittlerweile sind Werkstätten dort und auch schon ein kleines Geschäft. Wenn Sie den Weg von Most nach Litvinov, einer kleinen Stadt am Fuße des Erzgebirges, nehmen, finden Sie das Geschäft. Dort können Sie schon die Produkte aus dieser Werkstatt kaufen. Sie machen auch verschiedene Reklamematerialien für Betriebe. Sie stellen Holzwaren her und traditionelle Handwerksprodukte. Zur Zeit haben schon 45 Leute einen Kurs absolviert. 21 davon haben entweder schon selbst eine Existenz gegründet oder sind in einer Genossenschaft vereint. Es ist ein Projekt, das Wirklichkeit geworden ist. Manche Leute sind wieder zum Arbeitsamt gekommen, denn nicht alle haben die Voraussetzungen für diese Arbeit. Wir können die Ausbildung bezahlen. Wir können ihnen auch einen Zuschuss für den Anfang geben, das sind 80.000 Kronen.

Wenn ich über die Existenzgründungen spreche, dann nicht nur im traditionellen Handwerk. Wir unterstützen auch Menschen, die eine Lücke auf dem Markt finden und sich dort eine Existenz aufbauen wollen. Wir dachten, das würde schwer werden. Aber wenn Menschen in Not sind, wenn sie schon am Ende ihrer Kräfte sind, wenn sie schon alles mögliche versucht haben, irgendwo Arbeit zu finden, dann ist die Existenzgründung oft die letzte Möglichkeit für sie. Interessant ist, dass entweder sehr junge Menschen mit Begeisterung anfangen, oder ältere Menschen, die riesige Probleme haben, eine Arbeit zu finden. Sie versuchen es als letzte Chance. Hinzu kommen solche Fälle, in denen Eltern ein Unternehmen für ihre Kinder gründen. Das gefällt uns sehr. Das ist gut und das könnte auch für die Zukunft längeren Atem haben. In diesem Projekt haben wir schon mehr als 100 Menschen unterstützt und davon haben 60 bis 70 % ihre Existenz wirklich gegründet und erhalten.
Die Existenzgründung muss nicht unbedingt das Ergebnis sein. Oft finden die Leute über ihre Tätigkeit im Marketing, bei der Akquise, bei der Suche nach möglichen Lieferanten einen Arbeitsplatz. Ich glaube aber, dass unsere junge Generation eher eine Beschäftigung sucht als selbstständige Tätigkeit.

**Bernhard Sonntag, Vorsitzender DGB-Kreis Ostsachsen**

Bei aller positiven Bewertung der Initiativen und Beschäftigungspakte von Ostsachsen: bei den vielen Aktivitäten kommen wir alle auch an unsere Grenzen. Ich erinnere an die Stiftung Innovation und Arbeit mit ihrem Regionalbeirat und den vielen Branchen oder regionalspezifischen Initiativen, aber auch an den InnoRegio-Wettbewerb, das Bündnis für Arbeit in Hoyerswerda und vom Oberbürgermeister hier vorgestellt, die Beschäftigungsinitiative für Bautzen. Inwieweit ist es unabdingbar, wenn solche Projekte auch tatsächlich mit Erfolg fortgeführt werden sollen, diese auch personell vernünftig auszustatten? Und wie sehen Sie die Chancen, mit der entsprechenden personellen Ausstattung mit der entsprechenden Projektförderung auch grenzüberschreitende Projekte zu organisieren? Vielleicht gibt es da schon Erfahrungen? Ansätze sind in der Region auf deutscher Seite, aber ebenso auf polnischer oder tschechischer Seite wohl da.

**Frau Besse, ZENIT GmbH Mühlheim**

Ich sagte schon, die europäischen Pakte haben 200.000 EURO für zwei Jahre bekommen. Die meisten haben dieses Geld verwendet, um daraus ein Paktbüro zu machen und ein bis zwei Menschen dort anzustellen, die das Ganze koordinieren. Sie haben zu Sitzungen eingeladen, Paktpartner immer wieder neu geworben, neu motiviert, die Arbeitskreise geleitet usw. Aber es war sehr wichtig, dass die einzelnen Projekte nicht von dem Paktbüro, sondern von den Akteuren aus der Partnerschaft geleitet und getragen wurden. Also: ein Unternehmer hat sich verantwortlich erklärt, um z.B. das Projekt Coaching von Existenzgründern zu initiieren usw.

Ich habe weiter vorgestellt, wie im Rahmen der ESF-Verordnung diese Globalzuschüsse verankert sind. Das ist meines Erachtens nach die Quelle, die man anzapfen kann, um ein solches Paktmanagement finanziert oder gefördert zu bekommen.

Für grenzüberschreitende Pakte gibt es ein Beispiel unter den EU-Pakten. Es sind allerdings EU-Innengrenzen. Es gibt einen grenzüberschreitenden Pakt zwischen Dänemark und Schweden an beiden Enden der Öresund-Brücke. Das war extrem schwierig, obwohl es sich um zwei EU-Staaten handelt. Es gibt einfach kulturelle Unterschiede, es gibt Mentalitätsunterschiede, es gibt Unterschiede im Verständnis von Projekten und in der Lösung von Aufgaben. Der Pakt existiert noch, aber er hatte sehr viel mehr Schwierigkeiten als andere. An dieser speziellen EU-Außengrenze greift auf der deutschen Seite das Programm INTERREG. Auf der polnischen oder tschechischen Seite muss das PHARE-CBC-Programm greifen. Ich weiß, dass beide Programme extrem unterschiedlich abgewickelt werden. Dadurch gibt es große Schwierigkeiten, aber ich denke, es lohnt die Mühe. Der Ansatz, Beschäftigung durch Bündelung von Aktivitäten zu fördern, ist auf der Nachbarseite genauso erfolgreich und genauso auch ein Thema. Ich bin mir sicher, dass im Zuge der Vorbereitung der neuen Beitrittsländer auf die EU-Osterweiterung auch die Frage der Instrumente für Beschäftigungspakte transferiert werden sollen.

## 5. Impulsreferat:

Boguslaw Wojtas, Solidarnosc, Jelenia Gora
**Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in der Grenzregion – Handlungsansätze in Polen**

Man hat mich gebeten, ein kurzes Referat vorzubereiten über die Mitbestimmung der Gewerkschaft in Polen in Betrieben und in der Grenzregion. Die Befugnisse der Gewerkschaften werden von vielen rechtlichen Regelungen bestimmt, die in den Jahren 1990 bis 1995 angenommen wurden. Für uns ist das Gesetz über die Gewerkschaft am wichtigsten. Der Schutz der Rechte und Interessen der Arbeitnehmer ist der Auftrag der Gewerkschaft, ähnlich wie in den anderen entwickelten Ländern. Das Gesetz